

Glück auf!



Das Magazin der Gewerkschaft PRO-GE

Ausgabe 2/2026

Solidarität

FRÜHJAHRSLOHNRUNDE      2026

DER KAMPF FÜR FAIRE LÖHNE!

PRO-GE OGB

Shopping

preisvorteil.proge.at



Rogner Bad Blumau

Eintauchen, abschalten und genießen

Zur Ruhe kommen in einer märchenhaften Welt, gestaltet von Friedensreich Hundertwasser: mit 14 unterschiedlichen Becken und 3 heilkräftigen Thermalquellen, allen voran die heiße Vulkania®, die stärkste Quelle im gesamten Thermen- & Vulkanland Steiermark.



-10%

SCHEIBLHOFFER – The Resort

Genuss, Erholung und stilvolles Ambiente

Das im Mai 2022 neu eröffnete Hotel heißt sowohl Weinliebhaber als auch Familien und Businessgäste willkommen. Es bietet 118 Zimmer und Suiten in unterschiedlichen Größen und Ausführungen und der 4000m² große Spa-Bereich lässt keine Wünsche offen.



-10%

Curhaus Bad Mühllacken

Entspannungstage in der Ruheoase

Gönn dir Entspannungstage, die Körper und Seele verwöhnen. Abschalten, entspannen und pure Erholung genießen – fernab vom Alltag. Deine persönliche Ruheoase wartet auf dich!



-10%

Reifen.com

Alles rund um Reifen, Felgen & Zubehör

Wenn es um Reifen, Felgen oder Zubehör geht, bist du bei reifen.com genau richtig. Seit über 30 Jahren stehen wir für Kompetenz und eine große Auswahl an Produkten aller Preis- und Qualitätsklassen – von Pkw-, Motorrad- und Leicht-Lkw-Reifen bis hin zu Fahrradreifen und vielem mehr.



-5%

NATURTREU

Pflanzenbasierte Nahrungsergänzung

Seit 2018 widmet sich das Team von NATURTREU mit viel Liebe zum Detail der Entwicklung von pflanzenbasierten Nahrungsergänzungsmitteln: ob Vitamine, Mineralstoffe, Spurenelemente oder ganzheitlich konzipierte Zusammenstellungen.



-15%



Aktuelle Zahl

65

Kopfschmerzen, Fieber, der Hals ist rau, die Nase verstopft – eigentlich möchte man im Bett bleiben, quält sich aber trotzdem zum Arbeitsplatz. Der Arbeitsklima Index der Arbeiterkammer Oberösterreich zeigt, dass dies viele Beschäftigte machen. Rund 65 Prozent der Befragten gaben an, dass sie in den letzten sechs Monaten krank zur Arbeit gingen. Ein Höchststand, 2016 lag der Wert noch bei einem Drittel. Die Gründe für den sogenannten Präsentismus sind vielfältig: Vor allem will man die Kolleginnen und Kollegen nicht hängen lassen, aber auch der Personalmangel sowie die Angst vor Jobverlust spielen eine wichtige Rolle.

Doch halt! Wie passt dieses Verhalten mit den Aussagen der Wirtschaftskammer zusammen, die uns in regelmäßigen Abständen einbläut, dass wir doch zu viele Krankenstandstage haben und das System gründlich ausnutzen? Dass es deshalb unbezahlte Krankenstandstage und strengere Kontrollen braucht, um uns vom Lügen und Betrügen abzuhalten? Gar nicht, meinen wir. Die Beschäftigten in Österreich sind fleißig und loyal, das zeigen sie immer wieder aufs Neue.

Dabei sollte es eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein, dass man ohne schlechtes Gewissen in den notwendigen Krankenstand geht, denn der Präsentismus kann Folgen wie einen längerfristigen Krankheitsverlauf oder Rückfälle haben, ganz abgesehen vom Ansteckungsrisiko für Kolleginnen und Kollegen. Und dies dürfte der Wirtschaftsseite auch nicht gefallen, denn Leistung setzt Gesundheit voraus. Das verdeutlicht, wie kurzsichtig manche Debatten geführt werden, und die Wirtschaftskammer ist – wie so häufig – vorne mit dabei.

Sozialstaat

Was sind Lohnnebenkosten und warum sind sie wichtig? Seite 4

Frühjahrslohnrunde

Schwierige Verhandlungen für 130.000 Beschäftigte Seite 6

Staatsfinanzen

Das Doppelbudget 2027/28 aus PRO-GE Sicht Seite 10

Erbschaftssteuer

Mythen auf dem Prüfstand Seite 11

Interview

DI Roland Sommer über Digitalisierung, KI und Nachhaltigkeit Seite 12

Sozialpartnerschaft

Wem vertraut die Bevölkerung? Seite 13

Ein gutes Leben im Alter

Warum unsere Pensionen sicher sind Seite 14

Achtung Kamera

Die besten Fotos aus der Welt der PRO-GE Seite 17

Abfertigung neu

Die Regierungspläne für einen Umbau Seite 18

Lohnsteuerausgleich

Wie du dir vom Finanzamt Geld zurückholen kannst Seite 19

Urlaubsgeld

Gemeinsam erreichen wir mehr Seite 20

Gewinnspiel

Wer wird Fußball-Weltmeister 2026? Seite 21

Impressum

HERAUSGEBER Österreichischer Gewerkschaftsbund, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1; PRO-GE, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, (01) 534 44-69 MEDIENINHABER Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: 01/662 32 96-0, Fax: 01/662 32 96-39813, E-Mail: zeitschriften@oegbverlag.at, www.oegbverlag.at HERSTELLER Walstead Leykam Druck GmbH & Co KG, 7201 Neudorf, Bickfordstr. 21 VERLAGSORT Wien HERSTELLUNGSORT Neudorf KAUFMÄNNISCHE LEITUNG Christoph Höllriegel REDAKTIONELLE LEITUNG Mathias Beer (PRO-GE), Wolfgang Purer (PRO-GE, Cvd), Amela Dedukic (Solidarität, Cvd) AUTOR:INNEN Mathias Beer, Sabine Weinberger, Robert Wittek, Wolfgang Purer, Dr. Bernhard Leubolt, Amela Dedukic, Barbara Kasper ART DIRECTION Maximilian Hochmüller LAYOUT Reinhard Schön (ÖGB-Verlag), COVER Maximilian Hochmüller (PRO-GE), Coverfoto: PRO-GE LEKTORAT Sandra Ernst-Kaiser LESERBRIEFE (PRO-GE) glueckauf@proge.at REDAKTIONSDRESSE PRO-GE, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: (01) 534 44-69, E-Mail: glueckauf@proge.at OFFENLEGUNG GEMÄSS MEDIENGESETZ, § 25: www.glueckauf.at/offenlegung. Für unverlangt eingesendete Manuskripte und Fotos keine Gewähr. Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe. Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen.

Alle reden über Lohnnebenkosten – aber was sind sie?

Alles, was man über Lohnnebenkosten wissen sollte, welche Auswirkungen die Senkung ab 2028 hat und wie eine Gegenfinanzierung ausschauen könnte.

Warum sind Lohnnebenkosten wichtig?

Lohnnebenkosten sind keine Strafsteuer für Unternehmen, sondern wesentliche Bestandteile unseres Sozialstaats. Sie finanzieren unter anderem auch die Leistungen aus

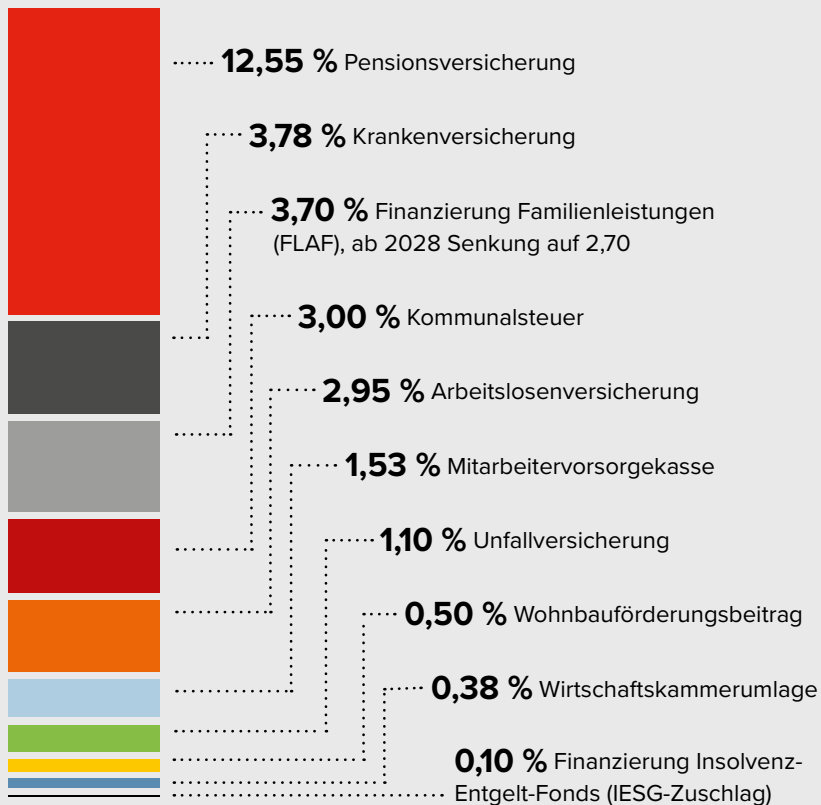
der Sozialversicherung wie die Krankenversicherung, die Pensionen oder das Arbeitslosengeld mit.

Wer zahlt Lohnnebenkosten?

Der Arbeitgeber zahlt die Lohnnebenkostenbeiträge (rund 29 Prozent

des Bruttolohns), direkt an den Staat als Lohnbestandteil, die die Wertschöpfung der Arbeitnehmer:innen abgelten. Auf deinem Lohnzettel werden vom Bruttolohn Lohnsteuer und dein Sozialversicherungsbeitrag abgezogen. Die Lohnnebenkosten stehen nicht drauf.

29,59 % – so setzen sich die Lohnnebenkosten zusammen (in Prozent der Bruttolohnsumme)



Warum ist die Gewerkschaft gegen planlose Senkungen?

Unternehmer:innen holen regelmäßig zur Forderung nach einer Senkung der Lohnnebenkosten aus. Ein Argument, das immer wieder kommt: Die Arbeitnehmer:innen hätten dann jeden Monat mehr Lohn am Konto. Aber stimmt das? Nein! Eine Senkung der Lohnnebenkosten bringt ausschließlich für die Arbeitgeber mehr Geld! Und wenn nicht eine andere Finanzierung geschaffen wird, hat der Staat weniger Geld zur Verfügung, und das bedeutet meistens Leistungskürzungen. Das ist das eigentliche Ziel von neoliberalen Thinktanks wie der Agenda Austria. Eine minimale Basisversorgung für alle soll genügen, damit private und profitorientierte Anbieter von Gesundheitsdienstleistungen, Pensionsvorsorgen und Versicherungen mehr Geld machen können.

Um wie viel Geld geht es?

Es geht um Milliardenbeträge. Schon in der Vergangenheit wurden Lohnnebenkostenbeiträge gekürzt. Dies

betrifft zum Beispiel mehrmals den Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) oder den Unfallversicherungsbeitrag. 2022 wurde etwa der Beitrag, den Unternehmen zum Insolvenz-Entgelt-Fonds (IEF) zahlen, halbiert. Die negativen Folgen von solchen Senkungen sind nicht zu unterschätzen, wie Großinsolvenzen in der jüngeren Vergangenheit zeigen. Schließlich bekommen Arbeitnehmer:innen im Konkursfall vom IEF weiter Lohn, Urlaubs- oder Weihnachtsgeld. Ist dieser Fonds ausgeräumt, stünden sie mit leeren Händen da.

Die Summe der Kürzungen seit dem Jahr 2014 reißt bereits heute eine Lücke von 2,8 Milliarden Euro pro Jahr ins Budget.

Welche Senkung kommt 2028?

Familienleistungen (also Familienbeihilfe, Schülerfreifahrten, Kindergärten, gratis Schulbücher etc.) werden in Österreich aus dem sogenannten Familienlastenausgleichsfonds, kurz FLAF, finanziert. Der Fonds wird aus Beiträgen gespeist, die von den Arbeitgeber größtenteils über die Lohnnebenkosten abgeführt werden. Die Bundesregierung will nun die Arbeitgeberbeiträge zum FLAF ab 2028 von 3,7 auf 2,7 Prozent senken. Das entlastet die Unternehmen um rund zwei Milliarden Euro jährlich.

Wie schaut die Gegenfinanzierung aus?

Eine Gegenfinanzierung der FLAF-Senkung soll in erster Linie mithilfe

einer progressiven Erhöhung der Körperschaftssteuer, der Gewinnsteuer für Unternehmen erreicht werden, indem der Beitragssatz für Gewinne über eine Million Euro von 23 Prozent auf 24 Prozent erhöht wird. Ein weiterer Teil soll direkt über den FLAF gegenfinanziert werden und Arbeitgeber sollen künftig auch für über 60-jährige Beschäftigte einen FLAF-Beitrag zahlen. Außerdem sollen jene Bereiche, die während der Krisen der letzten Jahre hohe Gewinne gemacht haben, ihren Teil beitragen. Dazu gehört vor allem der Bankensektor, der wegen der hohen Zinsen derzeit Rekordgewinne einfährt: Deshalb soll die Bankenabgabe um drei Jahre verlängert werden.

Was sagt die Gewerkschaft zur Senkung?

Vor allem personalintensive Betriebe könnten von einer Entlastung des Faktors Arbeit profitieren. Laut Berechnung von Eco Austria könnten dadurch rund 10.000 Arbeitsplätze geschaffen werden. Aber der Einnahmefall durch die Beitragsenkungen muss durch alternative Einnahmen kompensiert werden, damit die Finanzierung der Familienleistungen gewährleistet bleibt. Gerade jetzt wäre daher eine Millioniärsteuer ein notwendiger Schritt. Das hat auch die Bevölkerung erkannt. Laut einer aktuellen OGM-Umfrage spricht sich eine klare Mehrheit der Österreicher:innen für neue Steuern auf hohe Vermögen aus.

Faktencheck

Wer profitiert von einer Lohnnebenkostensenkung?

Auf dem Lohnzettel sind das Brutto- und Nettoeinkommen zu finden. Die Lohnnebenkosten stehen dort nicht. Eine Kürzung würde also die Kosten für Arbeitgeber senken, hätte aber keinen positiven Effekt auf die Einkommen der Arbeitnehmer:innen.

Arbeitskosten = Bruttolohn + Lohnnebenkosten

Bruttolohn = Arbeitskosten – Lohnnebenkosten

Nettolohn = Bruttolohn – Lohnsteuer und SV-Beiträge



© PROGE MEC GREENE

Reinhold Binder

Bundesvorsitzender der PRO-GE

Kampf für Respekt und Wertschätzung!

„Das Jammern ist der Gruß der Kaufleute“: ein altes Sprichwort, das die schwierigen Kollektivvertragsverhandlungen in der heurigen Frühjahrslohnrunde treffend beschreibt. Selbst in Branchen mit erfreulichen Ergebnissen oder einem spürbaren Aufwärtstrend wurde von den Arbeitgebern über schlechte Rahmenbedingungen geklagt. Statt über faire Lohn erhöhungen zu verhandeln, legten sie oftmals Gegenforderungen auf den Tisch. In einer Branche wurde eine Verlängerung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich verlangt. Meist waren mehrere Runden notwendig, um überhaupt ein erstes Angebot für Erhöhungen zu erhalten.

Aber der bedeutendste Umbruch in letzter Zeit ist die spürbar fehlende Wertschätzung gegenüber den Arbeitnehmer:innen und Arbeitnehmern. Nulllohnstunden-Forderungen, Mini-Angebote von einem Prozent oder nur von Einmalzahlungen bringen das unmissverständlich zum Ausdruck. Die Anliegen der Beschäftigten werden negiert. Das zeigt deutlich, wie wichtig jedes einzelne Gewerkschaftsmitglied ist, wenn es um die Durchsetzung kollektivvertraglich gesicherter Lohn erhöhungen geht. Ein erfolgreicher Kampf für Respekt und Wertschätzung vor den Leistungen der Arbeitnehmer:innen und Arbeitnehmer gelingt nur, wenn viele Mitglieder unseren Verhandlungsteams die notwendige Stärke geben.

Harte Verhandlungen in schwierigen Zeiten

Eigentlich sollten hier die Ergebnisse der Kollektivvertragsverhandlungen für mehrere große Industriebranchen stehen: die Elektro- und Elektronikindustrie, die chemische Industrie und die Papierindustrie. In allen dreien sollte seit 1. Mai ein neuer Kollektivvertrag gelten. Bei Drucklegung dieser Ausgabe der „Glück auf!“ war dieser Termin bereits um Wochen überschritten – und noch immer keine Einigung in Sicht.



© PRO-GE

Am 23. März fand die zweite Runde der Kollektivvertragsverhandlungen für die rund 7.500 Beschäftigten der Textilindustrie statt. Rechtzeitig vor dem Geltungstermin 1. April konnten die Gewerkschaften PRO-GE und GPA mit den Arbeitgebervertreter:innen eine Einigung erzielen. Die kollektivvertraglichen Mindestlöhne und die Lehrlingseinkommen stiegen um 2,9 Prozent, die Ist-Löhne um 2,5 Prozent. Die bis 31. März 2026 befristete Erhöhung des Kilometergeldes auf die Steuerfreigrenze von 0,50 Euro/Kilometer gilt nunmehr unbefristet.

Keine Angebote

Das war der erste und zumindest bis zum Druck dieser Zeitung letz-

te Abschluss der diesjährigen Frühjahrslohnrunde. Sowohl bei den Verhandlungen für die rund 60.000 Arbeitnehmer:innen der Elektro- und Elektronikindustrie (EEI) als auch bei jenen für die rund 50.000 Beschäftigten der chemischen Industrie kam von den Arbeitgebern erst einmal zwei Runden lang gar kein Angebot für Lohnerhöhungen.

In der jeweils dritten Verhandlung wurden dann Angebote vorgelegt, die in beiden Fällen von den Gewerkschaften umgehend als völlig unzureichend zurückgewiesen wurden. Die Arbeitgeber in der Papier- und Pappenindustrie stellten überhaupt statt eines Angebots nur die Bedingung auf, der Abschluss müsse „deutlich unter zwei Prozent“ bleiben.

„Es brodeln in den Betrieben“

In der Folge erhöhten PRO-GE und GPA den Druck auf die Arbeitgeber mit Betriebsrät:innenkonferenzen. 120 Belegschaftsvertreter:innen bei der Konferenz der Papierindustrie, 250 bei der Konferenz der chemischen Industrie und 500 Teilnehmer:innen bei der EEI beschlossen jeweils, in ganz Österreich Betriebsversammlungen einzuberufen. „In den Betrieben brodeln es“, berichtete PRO-GE Bundesvorsitzender Reinhold Binder. „Es geht um Wertschätzung und Respekt für die Leistungen der Kolleginnen und Kollegen im letzten Jahr. Das kam in den Angeboten der Arbeitgeber nicht zum Ausdruck“, fasste Binder, der auch Verhandlungsleiter auf

AKTUELLE KV-ABSCHLÜSSE

Ab 1. März:

Geflügelindustrie: KV-Löhne +2,7 Prozent plus Aufrundung auf den nächsten vollen Euro, neuer Mindestlohn beträgt 2.001,00 Euro; Dienstalterszulagen +2,7 Prozent, Zehrgelder +2,7 Prozent; Überzahlungen bleiben in voller Höhe aufrecht

Gewerbliche Forstunternehmen: KV-Löhne +2,95 Prozent, neuer Mindestlohn 2.064,54 Euro; Lehrlingseinkommen +30 Euro; Gerätefahrer- und Partieführerzulage +3,4 Prozent, Motorsägenpauschale und Erhöhung für die Anschaffung und die Instandsetzung +3,4 Prozent;

Ermächtigung für Mitarbeiterprämie für 2026; Angleichung/Streichung der verkürzten Ruhezeit für männliche Arbeitnehmer, 24. Dezember zur Hälfte bezahlt arbeitsfrei; Arbeitsgruppen zu Durchrechnungszeitraum, Gefahrenzulage und weiteren Rahmenrechtsthemen

Zucker- und Stärkeindustrie: KV-Löhne +2,77 Prozent, neuer Mindestlohn 2.282,26 Euro (Zuckerindustrie) bzw. 2.251,16 Euro (Stärkeindustrie); Lehrlingseinkommen +2,77 Prozent; Dienstalterszulagen +2,77 Prozent, Zulagen/Zuschläge +2,77 Prozent; Rechtsanspruch auf Umwandlung des Dienstjubiläums in Freizeit, Lehre mit Matura: Freizeit an Prüfungstagen



Protestkundgebung vor der Wirtschaftskammer zum Start der fünften Verhandlungsrunde chemische Industrie

Gewerchaftsseite bei der EEI ist, den Verhandlungsstand zusammen.

Verhandlungsbereit, aber nicht konfliktscheu

„Wir sind immer bereit zu sozialpartnerschaftlichen Verhandlungen auf Augenhöhe, aber scheuen auch nicht den Konflikt“, stellt der Gewerchaftsvorsitzende klar, dass die PRO-GE für eine weitere Eskalation gerüstet ist. Noch liegen die Vorstellungen der Verhandlungsgenossen weit auseinander. Bis eine Zeitschrift gedruckt und zugestellt ist, vergeht aber auch ein wenig Zeit. Möglicherweise konnten die Arbeitgeber mittlerweile doch zum Einlenken und zu fairen Abschlüssen bewegt werden: Den tagesaktuellen Stand der KV-Verhandlungen erfährst du auf www.proge.at.



Gemeinsame Betriebsversammlung von Siemens Energy und Andritz Hydro

AKTUELLE KV-ABSCHLÜSSE

Ab 1. April:

Textilindustrie: KV-Löhne +2,9 Prozent, neuer Mindestlohn 2.058,- Euro; Ist-Löhne +2,5 Prozent; Lehrlingseinkommen +2,9 Prozent; Reisekosten- und Trennungsschädigung und Messegelder +2,5 Prozent; Erhöhung des Kilometergeldes auf die Steuerfreigrenze von 0,50 Euro/Kilometer gilt nunmehr unbefristet

Ab 1. Mai:

Fisch-/Feinkostgewerbe und Feinkostindustrie: KV-Löhne bis zu +3,1 Prozent, neuer Mindestlohn 1.927,54 Euro; Lehrlingseinkommen: 1.000 Euro im 1. Lehrjahr, alle weiteren Lehrlingseinkommen +3,1 Prozent; Dienstalterszulagen +3,0 Prozent; Überzahlungen bleiben in vollem Ausmaß aufrecht

Ab 1. Juni:

Lederwaren- und Kofferindustrie: KV-Löhne +2,9 Prozent, neuer Mindestlohn 2.058,0 Euro; Ist-Löhne: Aufrechterhaltung der Überzahlung; Lehrlingseinkommen +2,9 Prozent; Zulagen, Zuschläge und Prämien +2,9 Prozent

Schuhindustrie: KV-Löhne +2,9 Prozent, neuer Mindestlohn 2.003,10 Euro; Ist-Löhne +2,5 Prozent; Lehrlingseinkommen +2,9 Prozent; Zulagen und Zuschläge +2,9 Prozent, Urlaubszuschuss 2026 wird von der erhöhten Basis gerechnet

Alle KV-Abschlüsse der PRO-GE: www.lohnrunder.at

Wer gegen wen?

Von Sara Hassan und Josefa Niedermaier

faktory.at/start



Ungleichheit ist kein Zufall – sie ist gemacht. Doch wie kommt es, dass wir schon in der Schule auf Konkurrenz gedrillt werden und später im Job um Zeit, Geld und Anerkennung kämpfen? Alles ist ein Wettbewerb. Wir leben in einer Gesellschaft, in der Ausbeutung an der Tagesordnung ist und Dingen, die wirklich zählen, kein Wert zugeschrieben wird. Sorge-, Pflege- oder Bildungsarbeit sind bestenfalls unterbezahlt. Im Gespräch mit Expert:innen geht Sara Hassan der organisierten Ungleichheit auf den Grund.

ÖGB-Verlag 2025, 270 Seiten, ISBN: 978-3-99046-756-5

Schicke eine E-Mail mit deiner Wohnanschrift an presse@proge.at und gewinne mit etwas Glück eines von zwei Exemplaren – Betreff: „Wer gegen wen?“

Wir gratulieren den Gewinner:innen von „Trotz alledem!“ der letzten Ausgabe: Sarah Wahl und Erich Hotz. **Nicht gewonnen?** Dieses und alle anderen Bücher kannst du auf shop.faktory.at bestellen! Ab 30 Euro Gratisversand in Österreich!

Österreich als „Bahnfabrik Europas“ stärken



Wie kann die heimische Bahnindustrie weiter ausgebaut und die Mobilitätswende erfolgreich gestaltet werden?

Dieser Frage widmete sich eine Zukunftskonferenz von PRO-GE, GPA und der Arbeiterkammer Österreich am 7. Mai in der voestalpine Donawitz. Betriebsrätinnen und Betriebsräte aus der Bahnindustrie diskutierten dabei über konkrete Maßnahmen zur Stärkung des Industriestandorts Österreich. Im Fokus standen vor allem eine Fachkräfteoffensive sowie der Ausbau von Industrieclustern, um die Wettbewerbsfähigkeit der Branche langfristig zu sichern.

„Die Bahnindustrie erwirtschaftet eine jährliche Bruttowertschöpfung von rund 2,7 Milliarden Euro und ihre 34.000 Beschäftigten sind die Heldinnen und Helden dieses Erfolges. Um diese rot-weiß-rote Erfolgsgeschichte weiterzuschreiben, müssen jetzt die Weichen für die Zukunft gestellt werden. Es geht darum, Österreich zur Bahnfabrik Europas zu entwickeln“, betonte PRO-GE Bundesvorsitzender Reinhold Binder.

Arbeitszeitrecht – Möglichkeiten und Grenzen



Arbeitszeit bleibt eines der zentralen Themen in den Betrieben. Umso wichtiger ist der regelmäßige Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis. Genau diesem Anspruch widmete sich auch heuer wieder die Arbeitsrechtstagung der Johannes Kepler Universität Linz gemeinsam mit den Gewerkschaften PRO-GE, vida und GBH unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. Reinhard Resch.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand in diesem Jahr das Thema Arbeitszeitrecht. Dass sich neben Professor:innen auch zahlreiche Betriebsrät:innen und Rechtsanwält:innen aktiv eingebracht haben, bestätigte den Anspruch der Tagung, nicht bloß theoretische Fragen zu behandeln, sondern konkrete Schlussfolgerungen für die Arbeitswelt zu ermöglichen.

Schwierige Kompromisse für Arbeitnehmer:innen

Trotz der neuen wirtschaftlichen Herausforderungen durch den Iran-Krieg und die Blockade der Straße von Hormus einigte sich die Bundesregierung auf die Leitlinien für ein Doppelbudget 2027 und 2028. Eine erste Beurteilung aus Gewerkschaftssicht.



Die Vorgängerregierung hat das Staatsbörstel geleert – der Finanzminister muss es jetzt wieder füllen.

Viele Details zum Doppelbudget 2027/2028 müssen noch geklärt werden, eines ist aber schon klar: Aus Sicht der Arbeitnehmer:innen handelt es sich um einen schwierigen Kompromiss. Die Bundesregierung hält weiterhin am Sparkurs fest, um die Budgetvorgaben des EU-Defizitverfahrens einhalten zu können. Es wird betont, dass es nicht bloß „defensive“ Sparmaßnahmen gibt, sondern auch Raum für „Offensivmaßnahmen“ geschaffen wird, die einen erfolgreichen Weg durch die neuen Krisen unterstützen sollen.

Die wichtigsten Eckdaten sind:

- 5,1 Mrd. Euro Gesamtvolumen der Konsolidierung
- 2,5 Mrd. Euro zur Budgetsanierung
- 2,6 Mrd. Euro für Offensivmaßnahmen: Investitionen in Unternehmen, Beschäftigung, Kinderbetreuung, Gesundheit und Pflege

Unternehmen tragen mehr als die Hälfte

Die „defensive“ Budgetkonsolidierung soll mit insgesamt 5,1 Milliarden Euro deutlich größer ausfallen als zuvor angekündigt. Auf Druck von NEOS und ÖVP werden ab 2028 die Arbeitgeberbeiträge zum Familienlasten-

ausgleichsfonds (FLAF) um 1 Prozent gesenkt. Umgekehrt konnte die SPÖ erreichen, dass diese Senkung der Lohnnebenkosten durch Besteuerung von Unternehmen gegenfinanziert wird. Einerseits werden Ausnahmen für ältere Arbeitnehmende abgeschafft und andererseits wird die Körperschaftssteuer (KöSt) auf Unternehmensgewinne bei einem Jahresgewinn über einer Million Euro wieder um einen Prozentpunkt erhöht.

Insgesamt tragen Banken, Konzerne und Besserverdiener:innen 54 Prozent der Konsolidierung:

- KöSt-Erhöhung ab 1 Mio. Gewinn von 23 auf 24 Prozent
- Die Bankenabgabe bleibt (hätte auslaufen sollen).
- Gewinnfreibetrag bei Wertpapieren wird gestrichen.
- Gerechte Einnahmen von Besserverdienenden gibt es u. a. auch durch Erhöhung bei Immobilienwert-Zuwachsststeuer, Anhebung der Höchstbeitragsgrundlage und durch einen Beitrag von Luxuspensionen.

Vermögenssteuern fehlen weiterhin

Leider gibt es auch wieder Kürzungen bei Arbeitnehmenden. Erleichterungen für Geringverdiener:innen beim AMS-Beitrag werden abgeschafft, die Pensionen werden nicht für alle Pensionist:innen an die Inflation angepasst und Familienleistungen werden nicht valorisiert. Besonders Teilzeitbeschäftigte und Geringverdienende (überwiegend Frauen) sind von diesen Kürzungen betroffen. Größere neue Beiträge der Reichen, etwa Vermögens- oder Erbschaftssteuern, suchen wir hingegen vergeblich.

Die Weichenstellungen beim Budget müssen größtenteils noch genauer ausverhandelt werden. Sie entfachen sicherlich keine Jubelstimmung. In der Tendenz ist zwar durchaus richtig, die Besteuerung von Arbeit zu verringern. Deutlich besser wäre aber, wenn nicht vordergründig Unternehmen in den Genuss der Steuer-senkungen kämen. Für die KV-Verhandlungen sollte es jedenfalls bedeuten, dass der Spielraum für Lohnerhöhungen steigt.

Autor: Dr. Bernhard Leubolt,
PRO-GE Fachexperte für Volkswirtschaft

Gerechter Beitrag für Österreich

Wenn es um die Abwehr von Erbschaftssteuern geht, wird tief in die Trickkiste gegriffen. Von Todessteuer bis zum Angriff auf den Mittelstand war da in den letzten Monaten die Rede. Dabei ist eine Erbschaftssteuer längst überfällig.

Laut einer aktuellen OGM-Umfrage im Auftrag der Tageszeitung „Kurier“ sprechen sich rund 44 Prozent der Bevölkerung für eine Erbschaftssteuer aus. Dennoch ist sie in dieser Legislaturperiode nicht vorgesehen. Industriellenvereinigung, Wirtschaftskammer, ÖVP und NEOS stehen einer Erbschaftssteuer ablehnend gegenüber. Vor allem während der Budgetverhandlungen wurde heftig dagegen kampagnisiert, es wurden Fakten vernebelt und Ängste geschürt. Wir wollen daher mit den gängigsten Mythen aufräumen.

Mythos 1: Die Forderung nach einer Erbschaftssteuer ist ideologietrieben

Nein, denn nicht nur Gewerkschaften und Sozialdemokraten unterstützen diese Forderung, sondern auch internationale Organisationen wie OECD und EU-Kommission empfehlen Österreich eine Erbschaftssteuer. Darüber hinaus haben 17 von 27 EU-Staaten bereits eine Erbschaftssteuer ein. Auch Wirtschaftsexperten wie Wifo-Chef Gabriel Felbermayr oder Fiskalrathef Christoph Badelt sprechen sich dafür aus.

Das sind die reichsten zehn Österreicher:innen

	Name	Quelle des Vermögens	Geerbt	Vermögen in Mrd. Euro
1	Mateschitz, Mark	Red Bull	✓	38
2	Porsche & Piëch	Porsche SE, Volkswagen AG	✓	33,5
3	Stumpf, Georg	Bau, Investments, Immobilien	✗	8,8
4	Graf, Johann	Novomatic	✗	6,8
5	Sohmen, Helmut & Familie	BW Group (Schifffahrt)	✓	5
6	Wlaschek, Familie	Billa	✓	4,8
7	Geiger, Reinold	L'Occitane (Kosmetik)	✗	4,4
8	Lehner, Familie	Alpla Group (Plastik)	✓	4
9	Swarovski, Familie	Swarovski AG	✓	3,9
10	Flick – Erben	Flick Holding GmbH (Industrie)	✓	3,8

QUELLE: TREND-RATING 2025, FORBES

Mythos 2: Österreich ist bereits ein Hochsteuerland

Unser Steuersystem ist in einer Schieflage. Arbeit und Konsum finanzieren rund 85 Prozent der Steuereinnahmen, vermögensbezogene Steuern lediglich zwei Prozent. Vier von fünf Milliardär:innen haben ihr Vermögen nicht selbst erwirtschaftet, sondern geerbt. Sie sind daher im Verhältnis von weniger Steuern betroffen als ein:e Arbeitnehmer:in.

Mythos 3: Eine Erbschaftssteuer lohnt sich nicht

Selbst wenn die Erbschaftssteuer sehr moderat ausgestaltet ist (hohe Freibeträge und Ausnahmen für Immobilien, die als Hauptwohnsitz genutzt werden), geht man von Einnahmen von ein bis zwei Milliarden pro Jahr aus.

Mythos 4: Eine Erbschaftssteuer trifft den Mittelstand

Laut einer Studie der AK Wien lag das durchschnittliche Erbe 2025 bei rund 20.000 Euro. Beim Top-ein-Prozent lag der Durchschnitt allerdings bei 3,4 Millionen. Die derzeit diskutierten Modelle sehen meist einen Freibetrag von einer Million vor, erst der Betrag darüber soll besteuert werden. Immobilien wären nur dann steuerpflichtig, wenn sie nicht selbst als Hauptwohnsitz genutzt werden. Das bedeutet, dass nur ein sehr kleiner Teil der Bevölkerung davon betroffen wäre.

Mythos 5: Eine Erbschaftssteuer schwächt die Wirtschaft

Wie auch in anderen Staaten üblich, können Ausnahmen für Betriebsübergaben gemacht werden. Darüber hinaus bestätigen Wirtschaftsexpert:innen, dass die Auswirkungen einer Erbschaftssteuer auf die Volkswirtschaft gering wären.

Mythos 6: Das vererbte Geld wird doppelt besteuert, und das ist ungerecht

Jeder ausgegebene Euro eines unselbstständig Beschäftigten wird doppelt besteuert. Zum einen durch die Lohnsteuer und zum anderen durch die Mehrwertsteuer. Mit einer Erbschaftssteuer würde leistungsloses Einkommen besteuert – für mehr Gerechtigkeit im Steuersystem.



Industrie im Wandel

„Es werden neue Jobs entstehen“

Roland Sommer, Geschäftsführer der Plattform Industrie 4.0, war zu Gast beim PRO-GE Podcast „Schichtwechsel“. Hier ein exklusiver Auszug aus dem Gespräch über Chancen und Risiken der digitalen Transformation.

Wie unterscheidet sich Industrie 4.0 von früheren industriellen Revolutionen?

Der Unterschied ist, dass im Mittelpunkt Daten stehen, dass es die gesamte Wertschöpfungskette betrifft, und im Fall der Industrie, dass wir gleich auch die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mitberücksichtigen müssen. Ursprünglich hat man Industrie 4.0 aus einem sehr technischen Blickwinkel gesehen. Man hat aber bemerkt, dass der Mensch auch eine starke Rolle bei der Transformation hat. Darum gibt es auch den Begriff Industrie 5.0, der Menschenzentriertheit, Nachhaltigkeit und Resilienz miteinbezieht.

Welche Rahmenbedingungen brauchen wir für die Transformation?

Auf diese Frage gibt es viele Antworten, etwa wenn es um Investitionen in Forschung, Technologie und Innovation geht. Oder wenn es darum geht, dass Regeln, die man gemeinsam festlegt, auch eingehalten werden, um einen unfairen Wettbewerb zu verhindern. Zentral ist aber auch, und da habe ich die gleiche Position wie die PRO-GE,

Zur Person:

DI Roland Sommer (54) ist Geschäftsführer der Plattform Industrie 4.0. Sommer hat auf der Universität für Bodenkultur und in England studiert. Er hat sich lange mit Forschungstechnologie und Innovationspolitik beschäftigt und ist seit mehr als zehn Jahren bei der Plattform.

das Thema Qualifizierung. Denn ich kann die beste Technologie haben, wenn aber meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter damit nicht arbeiten können, bringt mir die Technologie nichts.

Ist Digitalisierung nur ein Thema für große Konzerne?

Nein, es betrifft alle Unternehmen. Es gibt de facto keinen Sektor mehr, wo man nicht in irgendeiner Form Digitalisierung brauchen wird. Ein Beispiel ist der Digitale Produktpass, der ab 2027 kommen wird. Jedes Produkt, das in Europa auf den Markt gebracht wird, muss dann einen Produktpass haben, der Informationen entlang der Wertschöpfungskette verfügbar macht. Auch KMU werden daher mehr digitale Strukturen benötigen, um Prozesse zu beschleunigen.

Gefährden Industrie 4.0 oder künstliche Intelligenz Arbeitsplätze?

Wir sehen jetzt bei Industrie 4.0, dass dem nicht so ist. Als der Computer erfunden wurde, hat man auch gesagt, irgendwann einmal werden wir gar keine Jobs mehr haben, alles wird der Computer machen. Es ist anders gekommen, neue Tätigkeitsfelder und Berufe sind entstanden: vom Softwareentwickler bis zur Kollegin, die sich um die IT-Infrastruktur kümmert. Auch mit KI werden wahrscheinlich einige Jobs wegfallen oder weniger werden, aber dafür viele neue Jobs entstehen.

Das heißt, wir müssen lernen, wie man mit KI richtig umgeht?

Genau, denn oft weiß der Mensch nicht, nach welchen Kriterien eine KI entscheidet, und dann fällt die Einschätzung schwer, ob ihre Vorschläge korrekt sind. Zum Beispiel denkt die KI oft in Wahrscheinlichkeiten, der Mensch aber nicht. In der Produktion könnte eine KI also sagen, mit 60 Prozent Wahrscheinlichkeit fällt eine bestimmte Maschine in den nächsten fünf Stunden aus. Was dann: Weiterlaufen lassen oder abstellen? Eine schwere Entscheidung, bei der es ein Verständnis braucht, was „die KI will“.

„Schichtwechsel“ ist der Podcast der PRO-GE. In jeder Folge wird mit Expert:innen und spannenden Persönlichkeiten über Arbeit, Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Kultur diskutiert. Abrufbar unter www.proge.at/schichtwechsel

Vertrauen in AK und ÖGB hoch

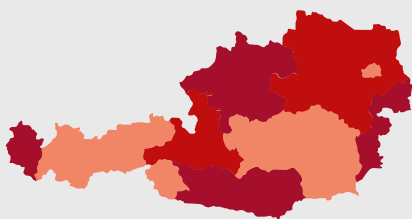
Eine aktuelle Umfrage des Gallup-Instituts zeigt: Die Arbeiterkammer genießt mit 63 Prozent das höchste Vertrauen in der Bevölkerung, dicht gefolgt vom ÖGB mit 53 Prozent. Damit liegen beide klar vor den Vertretungen der Arbeitgeber – und bleiben für viele eine verlässliche Stimme in unsicheren Zeiten.



Darum ist Sozialpartnerschaft wichtig

Ein ähnliches Bild zeigt sich auch bei der Sozialpartnerschaft. Sie ist in Österreich nach wie vor sehr beliebt. Für eine große Mehrheit der Bevölkerung ist sie ein wesentlicher Faktor für Stabilität und sozialen Frieden. Gleichzeitig sagt fast jede dritte Person, die Sozialpartner sollten mehr mitbestimmen dürfen.

Gut für Österreich



70 %

halten die Sozialpartnerschaft für wichtig und gut für das Land.

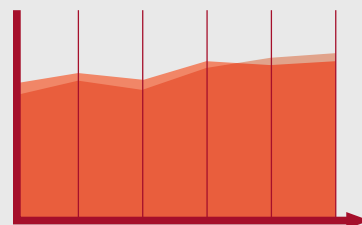
Sozialer Frieden



68 %

sagen: Die Sozialpartnerschaft ist zentral für den sozialen Frieden.

Wirtschaftliche Stabilität



66 %

sehen die Sozialpartnerschaft als wesentlich für eine stabile Wirtschaft.

DANKE für euer Vertrauen!

QUELLE: ÖSTERREICHISCHES GALLUP-INSTITUT (10.000 ONLINE-BEFRAGTE AB 16. JAHREN)

Die österreichische Pension hat sich bewährt: Sie sorgt seit Jahrzehnten für Sicherheit und Lebensqualität im Alter.



Darum sind unsere Pensionen sicher

Österreich zeigt, dass ein gutes Leben im Alter für alle möglich ist.

Wenn ich alt bin, kriege ich eh keine Pension.“ Bestimmt hast du diesen Satz schon einmal gehört, oder? Er wird ständig wiederholt – im TV, auf Social Media oder am Stammtisch. Aber nur weil etwas ständig wiederholt wird, heißt das nicht, dass es wahr ist.

Gerade in Krisenzeiten zeigt sich: Unsere Pensionen sind stabiler. Während private Pensionen von der Börse abhängen und durch Kurschwankungen unter Druck geraten können, ist unsere gesetzliche Pension nicht direkt davon betroffen. Der Grund dafür ist das sogenannte Umlageverfahren.

Deal zwischen Jung und Alt

Unser Pensionsmodell funktioniert einfach: Wer heute arbeitet, zahlt die Pensionen der Großeltern. Spä-

ter zahlen dann die nächsten Generationen deine Pension. Das nennt man Generationenvertrag. Das ist kein Trick, sondern ein faires Miteinander, das seit Jahrzehnten gut funktioniert.

Märchen vom Pensionsloch

Oft heißt es, das gesetzliche Pensionssystem, die Österreich-Pension, sei „zu teuer“ und stehe kurz vor dem Kollaps. „Das stimmt so nicht. Tatsächlich beteiligt sich der Staat bewusst an der Finanzierung – als Ausdruck sozialer Verantwortung und Solidarität. Dieses Steuergeld sorgt dafür, dass auch Menschen eine faire Pension bekommen, die zum Beispiel Kinder erzogen haben oder krank waren“, betont Anja Hafenscher, ÖGB-Expertin für Sozialrecht. „Diese Sicherheit ist kein Luxus, sondern die Basis für eine solidarische



„Unsere Pension ist kein Auslaufmodell. Wir lassen sie uns nicht schlechtreden.“

Anja Hafenscher,
ÖGB-Expertin für Sozialrecht

Gesellschaft und seit Beginn fix vorgesehener Finanzierungsbestandteil unserer Pensionen.“

Wer zahlt eigentlich was?

Besonders interessant – und das wird oft verschwiegen – ist: Wir Arbeitnehmer:innen zahlen den Großteil unserer Pension durch un-

sere Beiträge selbst. Bei Selbstständigen und Bauern schießt der Staat prozentuell viel mehr Steuergeld zu. „Gerade wir Arbeitnehmer:innen sorgen dafür, dass das alles funktioniert. Trotzdem wird gefordert, dass wir immer länger arbeiten – und das, obwohl es viele schon jetzt nicht gesund bis zur Pension schaffen oder im Alter ihren Job verlieren. Wir sagen ganz klar: Nein! Wir haben uns ein gutes Leben im Alter verdient und lassen uns das nicht wegnehmen“, stellt Hafenscher klar.

Blick über die Grenze

Ein Blick nach Deutschland zeigt, was wir richtig machen. In Deutschland sind die Pensionen im Schnitt deutlich niedriger. Warum? Weil das System kaputtgespart wurde und nicht alle in denselben Topf einzahlen. Beamte haben eigene Regeln, viele Selbstständige zahlen gar nichts ein. Die Folge: Es fehlt das Geld.

In Österreich unterliegen unselbstständig als auch selbstständig Erwerbstätige der gesetzlichen Pensionsversicherung. Auch Beamtinnen und Beamte wurden in das gesetzliche Pensionssystem über-

führt. Außerdem wurde dem Privatisierungsdruck nicht nachgegeben. Deswegen sind die Pensionen höher als in unserem Nachbarland. Ein Erfolg, auf den wir stolz sein können.

Realität oder Panikmache?

Warum wird uns dann ständig eingeredet, unsere österreichische Pension sei kurz vor dem Zusammenbruch? Die Antwort ist einfach: Wenn du glaubst, dass es später keine Pension mehr gibt, wehrst du dich weniger gegen ein höheres Pensionsalter oder gegen Kürzungen. „Dahinter steckt eine Lobby, die will, dass du private Versicherungen abschließt. Davon profitieren vor allem aber Banken und Versicherungskonzerne, aber sicher nicht du“, betont die ÖGB-Expertin Hafenscher.

Es liegt an uns

Die österreichische Pension ist kein Auslaufmodell, sondern ein weltweit anerkanntes Erfolgsmodell. Und sie bleibt sicher – solange wir sie verteidigen und nicht zulassen, dass sie uns schlechtgeredet wird.

Mehr Infos: oegb.at/sicherepension



© TINA SCHÖN

Mehr Arbeitsplätze für Ältere

Alle Expert:innen sind sich einig: Unser Pensionssystem ist stabil. Die ständigen Warnrufe, das System stehe kurz vor dem Kollaps, gehören genauso ins Reich der Märchen wie die Behauptung, ältere Menschen wären arbeitsscheu.

Die Realität schaut anders aus: In Österreich gehen zwei von fünf Menschen direkt aus der Arbeitslosigkeit in Pension – oft, weil sie am Arbeitsmarkt keine Chance mehr haben. Ältere Beschäftigte bringen jahrzehntelange Erfahrung und Wissen mit. Trotzdem finden viele nach einer Kündigung keinen neuen Job, selbst nach zig Bewerbungen.

Rund ein Viertel der 25.000 mittleren und größeren Betriebe in Österreich beschäftigt keine einzige Person zwischen 60 und 64 Jahren. Das zeigt deutlich: Das Problem ist die mangelnde Bereitschaft vieler Unternehmen, ältere Beschäftigte einzustellen oder im Betrieb zu halten.

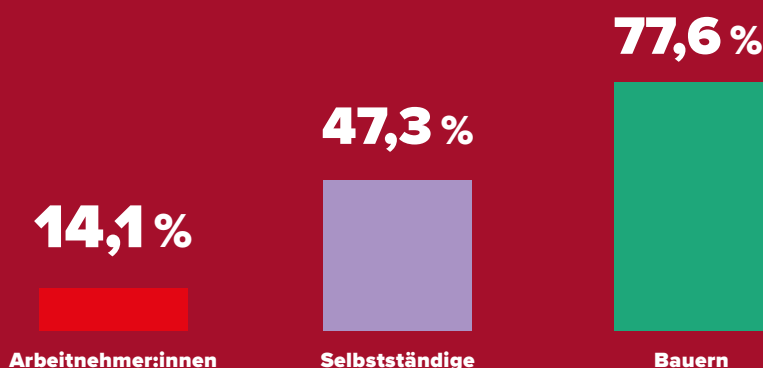
Darum fordert der ÖGB klare Anreize: Unternehmen, die überdurchschnittlich viele ältere Menschen beschäftigen, sollen belohnt werden. Wer hingegen deutlich unter dem Branchenschnitt liegt, soll einen Beitrag leisten.

Die Rechnung ist einfach: Je mehr Menschen gute Arbeit haben und Beiträge zahlen, desto stärker und gerechter bleibt unser Pensionssystem – heute und in Zukunft.

WOLFGANG KATZIAN
ÖGB-PRÄSIDENT

Bauern und Selbstständige profitieren stark

Wie viel der Staat (= wir alle) zur Pension zahlt:



Arbeitnehmer:innen finanzieren ihre Pensionen größtenteils selbst. Bei Selbstständigen werden rund 47 Prozent, bei Bauern sogar fast 78 Prozent durch Steuergeld mitfinanziert.

AUSSTELLUNG

Heimat großer Töchter



Mutig, engagiert, solidarisch: Die Ausstellung „Heimat großer Töchter“ holt Frauen vor den Vorhang, die unsere Gesellschaft mitgestalten. Die Künstlerin Barbara Pacholik verbindet eindrucksvolle Porträts mit persönlichen Geschichten über Engagement, Widerstandskraft und Zusammenhalt. Zu sehen ist die Ausstellung **vom 16. Juni bis zum 31. August 2026 im ÖGB in Wien – bei freiem Eintritt.**

Ausstellungseröffnung: 16. Juni, 19 Uhr mit Künstlerin
Barbara Pacholik

Ort: Ausstellungsbereich des ÖGB, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien

Führungen mit der Künstlerin werden ebenfalls angeboten – die Termine:

18. Juni, 27. Juni, 16. Juli und 20. August 2026

Für Schulklassen auch individuell vereinbar.

Buchen unter: **barbara@barbarapacholik.at**



Finkenberg Open Air 2026

Alle Termine und weitere Infos: schuerzenjaeger.com
Tickets: sj.online-ticket.deshop.factory.at

RÄTSEL lösen!

Mach mit und gewinne zwei Tickets für das Open Air der Schürzenjäger

Schicke die Lösung mit dem **Kennwort/Betreff „Open Air“**
an Redaktion Solidarität, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien, oder per E-Mail
an gewinnspiel@oegb.at. **Einsendeschluss ist der 1. Juli 2026.**

Die Teilnahmebedingungen findest du hier: oegb.at/teilnahmebedingungen
Mit deiner Teilnahme bestätigst du, die Teilnahmebedingungen gelesen zu haben und zu akzeptieren. Die Datenschutzerklärung des ÖGB ist abrufbar unter: oegb.at/datenschutz

LÖSUNG

des letzten Rätsels

KREUZWORTRÄTSEL:

Viele E-Mails und Postkarten mit dem korrekten Lösungswort haben uns erreicht:

FRUEHJAHR

■ P ■ ■ ■ ■ M ■ R E B U S
 ■ E S P E ■ A B E R ■ G ■
 ■ L O E H N E ■ I N S E L
 L E H R E ■ D O C ■ E N E
 ■ ■ N U R M I ■ H E I D E

Vielen Dank fürs Mitmachen!

Die Karten für die Schloss-Spiele Kobersdorf haben inzwischen ihren Weg zu den glücklichen Gewinner:innen gefunden.

Start für neuen ÖBB-Doppelstockzug	▼	Vorort von Innsbruck	griech.: groß	Trag- u. Reittier in südl. Ländern	Spion	▼	Vereinigung, Bündnis	Wohnort	3	33	▼	Fluss durch Innsbruck
Laubbaum	▶				ein Grund zum Arbeiten	▶				Vorn. des Tenors Slezak † 1946		
starke Feuchtigkeit	▶			4			unechter Schmuck	▶				
Flagge	5				lediglich	7			niederländ.: eins			
zweiteiliges Turngerät	kalte Mischspeise	▶					Laubbaum	▶		6		®

svd1310-17

1	2	3	4	5	6	7
---	---	---	---	---	---	---



30 Jahre Wiener PRO-GE Pensionist:innen

Ein wunderbares Jubiläum voller Begegnungen, Schwelgen in Erinnerungen und wertvoller Gespräche. Der Zusammenhalt unter den Pensionist:innen ist auch nach Jahrzehnten stark und zeigt gelebte Gewerkschaftsarbeit. Die Arbeit der Pensionist:innen ist von großer Bedeutung. Sie bringen Erfahrung, Solidarität und Engagement ein und zeigen, wie wichtig Gemeinschaft und gegenseitige Unterstützung sind.

100 Jahre voller Lebenserfahrung

Einen besonders berührenden Moment, der noch lange in Erinnerung bleiben wird, erlebte die PRO-GE Mödling-Baden bei ihrer Mitgliederehrung. Ernestine Wiesler, die auf 100 Lebensjahre voller Erfahrungen und bewegender Erinnerungen zurückblickt, wurde für beeindruckende acht Jahrzehnte Treue zur Gewerkschaftsbewegung geehrt. Es war ein Augenblick großer Emotionen – geprägt von Dankbarkeit, Respekt und tiefer Bewunderung für ein Leben, das eng mit der Gewerkschaftsbewegung verbunden ist.



Sieben Jahrzehnte Teil der Gewerkschaftsbewegung

Im Rahmen der Mitgliederehrung der PRO-GE im oberen Mühlviertel wurden 17 langjährige Mitglieder für ihre jahrzehntelange Verbundenheit zur Gewerkschaft ausgezeichnet – darunter auch Hermann Plattner für außergewöhnliche 70 Jahre Mitgliedschaft. Der Abend stand ganz im Zeichen von Wertschätzung, gelebter Solidarität und dem gemeinsamen Rückblick auf viele Jahrzehnte gewerkschaftlicher Arbeit.

Ehemaliger LUGA-Funktionär ausgezeichnet

Mit großer Anerkennung wurde Kollege Joachim Macek als 75-jähriges Jubiläumsmitglied der Gewerkschaft geehrt. Als langjähriger Betriebsratsvorsitzender der Brauerei Frastanz und ehemaliges Mitglied der Landesleitung der LUGA prägte er über viele Jahre hinweg die gewerkschaftliche Arbeit mit großem Engagement und Einsatzbereitschaft. Die Auszeichnung ist ein Zeichen des Dankes und der Wertschätzung für seine langjährige Treue sowie seine wichtigen Verdienste um die Arbeitnehmer:innen.



Jahrzehnte der Solidarität und Treue gewürdigt

Bei der Mitgliederehrung der PRO-GE im unteren Mühlviertel wurden 24 langjährige Mitglieder für ihre jahrzehntelange Treue zur Gewerkschaft ausgezeichnet. Walter Horner und Rudolf Hofko wurden für beeindruckende 65 Jahre Mitgliedschaft ausgezeichnet. Der Abend zeigte eindrucksvoll, wie wichtig Zusammenhalt, Solidarität und gewerkschaftliches Engagement über Generationen hinweg sind. Danke an alle Geehrten für ihre Treue.

Abfertigung neu wird reformiert

Derzeit haben nur rund ein Viertel der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Anspruch auf eine Betriebspension. Die Regierung will daher die Abfertigung neu umbauen, um allen Beschäftigten eine Zusatzpension zu ermöglichen.

Im Rahmen der Abfertigung neu müssen Unternehmen momentan 1,53 Prozent des monatlichen Bruttoeinkommens ihrer Beschäftigten in eine betriebliche Vorsorgekasse einzahlen. Wird das Dienstverhältnis beendet (ausgenommen verschuldete Entlassung oder Selbstkündigung), kann man die Auszahlung verlangen, sofern drei Einzahlungsjahre vorliegen. In den anderen Fällen geht das Geld aber nicht verloren, sondern bleibt bei der Vorsorgekasse. Spätestens bei Pensionsantritt kann man sich die Abfertigung auszahlen lassen, wobei die Kapitalgarantie sicherstellt, dass die Beiträge zumindest zu 100 Prozent ausbezahlt werden müssen. Rund 25 Prozent der Arbeitnehmer:innen haben derzeit auch einen Anspruch auf eine betriebliche Zusatzpension, und zwar, weil der Arbeitgeber freiwillig in eine Pensionskasse einzahlt.



© PROGE MEC GREENIE

„Unser solidarisches Pensionssystem ist und bleibt die wichtigste Form der Absicherung im Alter.“

Reinhold Binder
Bundesvorsitzender der PRO-GE

Neues Modell

Die Bundesregierung will nun allen Arbeitnehmer:innen den Zugang zu einer Zusatzpension ermöglichen. Zum einen mit dem sogenannten Lebenszyklusmodell. Hier wird das Geld in jungen Jahren riskanter angelegt, je älter der/die Arbeitnehmer:in ist, umso konservativer. Dadurch wird ein höherer Ertrag erwirtschaftet. In der

neuen Variante bleibt der angesparte Betrag bis zum Pensionsantritt bei der Pensionskasse, erst dann kann man sich entscheiden, ob man eine Auszahlung oder eine Zusatzpension möchte. Wichtig ist: Der Wechsel auf das Lebenszyklusmodell ist freiwillig, die Abfertigung neu bleibt bestehen.

Des Weiteren will man einen Generalpensionskassenvertrag, der es allen ermöglicht, die Abfertigungsansprüche verrenten zu lassen. Bisher stand diese Möglichkeit nur jenen Personen offen, deren Arbeitgeber bereits einen Vertrag mit einer Vorsorgekasse hinsichtlich einer Zusatzpension hatte.

Konten-Wirrwarr beseitigen

Derzeit gibt es in Österreich sieben betriebliche Vorsorgekassen. Durch Jobwechsel haben viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer derzeit Konten bei verschiedenen Vorsorgekassen. Hier will man bereinigen, ohne dass die:der Anspruchsberechtigte tätig werden muss. Konkret bedeutet das, dass nach Ablauf von drei Jahren das Geld in jene Kasse übertragen wird, in die aktiv eingezahlt wird. Aber auch die Verwaltungskosten der Vorsorgekassen werden gesenkt, künftig dürfen maximal 0,6 Prozent des veranlagten Abfertigungsvermögens verrechnet werden.

Staatliche Pensionen schützen

Auch wenn der Ausbau der zweiten Säule grundsätzlich zu begrüßen ist, so wird für die Gewerkschaften immer die erste – also staatliche – Säule Priorität haben. „Unser solidarisches Pensionssystem ist und bleibt die wichtigste Form der Absicherung im Alter. Es gilt, alle Angriffe darauf abzuwehren und es weiterhin zu stärken“, betont der Bundesvorsitzende der PRO-GE, Reinhold Binder.

Arbeitnehmer:innenveranlagung

Lass dein Geld nicht liegen

Ein Lohnsteuerausgleich kann sich ganz schön auszahlen. Seit diesem Jahr kann man sich dabei auch von einer Vertrauensperson unentgeltlich auf FinanzOnline vertreten lassen und die Arbeitnehmer:innenveranlagung auch ohne eigene ID Austria und Smartphone unkompliziert elektronisch einreichen.

Jeden Monat zahlen wir Lohnsteuer. Sie wird vom Arbeitgeber vom Lohn abgezogen und direkt dem Finanzamt überwiesen. Dabei kann es vorkommen, dass die bezahlte Steuer zu hoch ausfällt, speziell wenn das Arbeitsjahr z. B. durch Jobwechsel, Karenz oder Weiterbildung unregelmäßig verlaufen ist. Und weil sich die Steuerhöhe auch durch Absetzbeträge und steuerliche Begünstigungen (z. B. Familienbonus, Alleinverdiener-/Alleinerzieherabsetzbetrag, Pendlerpauschale, Werbungskosten ...) noch verringern kann. Auch der Gewerkschaftsbeitrag ist steuerlich absetzbar. Die zu viel einbezahlte Steuer kann dann über die Arbeitnehmer:innenveranlagung, auch Steuerausgleich genannt, wieder zurückgefordert werden. Bis zu fünf Jahre kann man sich dafür Zeit nehmen: 2026 kann also auch der Steuerausgleich für 2021 noch gemacht werden.

Der Steuerausgleich ist nie verkehrt

Zumeist lohnt sich der Steuerausgleich und ergibt eine Gutschrift für die:den Steuerpflichtige:n, und selbst, wenn einmal eine Nachforderung herauskommt, ist noch nichts passiert: Dann kann die Arbeitnehmer:innenveranlagung innerhalb eines Monats schriftlich zurückgezogen werden (Ausnahme: Pflichtveranlagung). Unter bestimmten Umständen führt das Finanzamt die Arbeitnehmer:innenveranlagung auch automatisch durch, wenn bis 30. Juni des Folgejahres kein Antrag eingereicht wurde. Einiges – wie Spenden oder Werbungskostenpauschale – wird dabei berücksichtigt, aber nicht alles: Um Werbungskosten über der Pauschale von 132 Euro, Alleinverdiener-/Alleinerzieherabsetzbetrag, Familienbonus Plus und manch anderes geltend zu machen, muss selbst ein Antrag gestellt werden. Dieser kann auch nach einer



automatischen Veranlagung bis zur allgemeinen Frist von fünf Jahren noch eingebracht werden.

Strengere Frist bei Pflichtveranlagung

Im Normalfall ist die Arbeitnehmer:innenveranlagung freiwillig, aber nicht immer: Wenn unter anderem gleichzeitig mehrere lohnsteuerpflichtige Einkommen bezogen wurden oder Nebenverdienste vorliegen, wenn Pendlerpauschale/Pendlereuro oder ein Freibetragsbescheid schon bei der Lohnverrechnung berücksichtigt wurden, dann ist der Steuerausgleich verpflichtend. Eine Pflichtveranlagung muss bis 30. April (Papierformular) bzw. 30. Juni (FinanzOnline) des Folgejahres eingereicht werden.

Neu: unentgeltliche Vertretung

Die Arbeitnehmer:innenveranlagung kann „klassisch“ mit Papierformularen beantragt werden, einfacher und direkter geht das aber über FinanzOnline. Voraussetzung dafür sind die ID Austria und eine 2-Faktor-Authentifizierung über das Smartphone – für viele weniger digitalaffine Menschen eine zu große Hürde. Seit diesem Jahr können sich Arbeitnehmer:innen und Pensionist:innen aber auf FinanzOnline von Privatpersonen vertreten lassen. Voraussetzung: Alle Beteiligten sind volljährig und die Vertretung erfolgt unentgeltlich. Zum Einrichten muss das auf bmf.gv.at abrufbare Vollmacht-Formular ausgefüllt und von der Vertrauensperson auf FinanzOnline wieder hochgeladen werden. Der:die Bevollmächtigte muss über eine ID Austria verfügen und darf maximal vier Personen vertreten.

Hilfreiche Tipps zur Arbeitnehmer:innenveranlagung gibt's auf www.oegb.at/steuertipps

Wohnen statt Träumen

„Lehre, Leben und Wohnen müssen leistbar sein“, fordert Jennifer Huemer, die neue Vorsitzende der Gewerkschaftsjugend.



Die Österreichische Gewerkschaftsjugend (ÖGJ) hat mit Jennifer Huemer eine neue Vorsitzende. Die 24-jährige Oberösterreicherin

kennt die Realität vieler Lehrlinge aus eigener Erfahrung und setzt klare Schwerpunkte: faire Bezahlung, gute Ausbildung und echte Mitbestimmung.

Ein zentrales Thema ist leistbares Wohnen. Mit der Kampagne „Wohntraum? Träum weiter!“ macht die Gewerkschaftsjugend weiter Druck: Steigende Mieten und Fixkosten machen ein selbstständiges Leben für viele junge Arbeitnehmer:innen unmöglich. Huemer stellt klar: „Wohnen ist ein Grundrecht. Wer arbeitet, muss sich eine eigene Wohnung leisten können – das gilt auch während der Lehre.“ Darum fordert sie konkrete Maßnahmen ein – von Mietpreisdeckel bis zu mehr sozialem Wohnbau. Die neue Vorsitzende will die Jugend wieder lauter machen und näher an den jungen Menschen sein. Ihr Ziel ist ein gutes Leben für alle – mit fairen Chancen von Anfang an.

oegb.at/wohnen

Jugendsporttag: Jetzt anmelden!

Am 1. Juli 2026 heißt es in Wien wieder Sport, Spaß und Action für Lehrlinge. An über 25 Stationen können junge Menschen verschiedene Sportarten ausprobieren und sich informieren: von Baseball, Yoga, Zumba bis zu Gladiator Game. Die Teilnahme ist gratis, Lehrlinge werden vom Betrieb freigestellt.

Sei dabei! Mehr Infos und Anmeldung: jugendsporttag.at



Sommer, Sonne und Urlaubsgeld

Gemeinsam erreichen wir mehr.

Endlich Juni! Die Tage werden länger, die Festivals starten und der Urlaub ist geplant. Und für viele gibt es auch ein ordentliches Plus auf dem Konto – das Urlaubsgeld. Für manche von uns ein Rettungsanker für den Sommer. Aber klar ist auch: Das Urlaubsgeld ist kein Geschenk vom Staat oder vom Chef, sondern wurde von deiner Gewerkschaft erkämpft. Kurz gesagt: Es ist unser gemeinsamer Erfolg.

Zusammenhalt zahlt sich aus

Mit deiner Mitgliedschaft gibst du uns den nötigen Rückenwind. In Kollektivvertragsverhandlungen etwa setzen Gewerkschaften höhere Löhne und Gehälter für dich durch und sichern dein Urlaubsgeld. Je mehr wir sind, desto stärker sind wir am Verhandlungstisch – deshalb: Sag es deiner Familie, deinen Freund:innen und Bekannten und lass uns weiterwachsen.

Fakten für dein nächstes Gespräch:

- **Kein Gesetz:** Das Urlaubs- und auch das Weihnachtsgeld regelt dein Kollektivvertrag (KV). Ohne diesen gäbe es nur zwölf Gehälter/Löhne im Jahr.
- **Wer kriegt's?** Fast alle Arbeitnehmer:innen – egal ob Vollzeit oder Teilzeit. Bei kurzen Jobs, zum Beispiel beim Ferialjob, anteilig für die gearbeitete Zeit.
- **Pünktlich am Konto:** Meistens landet das Urlaubsgeld Ende Juni auf deinem Konto. Den genauen Termin regelt dein KV.

Erzähl's weiter – gemeinsam holen wir mehr für alle heraus:

oegb.at/mitgliedwerden

Genieße deinen Sommer – gemeinsam sorgen wir dafür, dass das Urlaubsgeld auch in Zukunft sicher bleibt. Mehr zum Thema: oegb.at/ab-in-den-urlaub

Extra für Mitglieder

Urlaub geplant? Dann spar gleich doppelt: Als Gewerkschaftsmitglied bekommst du 15 Prozent auf Übernachtungen in allen JUFA-Hotels in Österreich, Deutschland, der Schweiz und in Liechtenstein. oegb.at/jufa-angebot



Schon gehört?

Dein Radio. Deine Sprache. Dein Wien.

Mit IDEM-FM startet ein Radio, das Menschen verbindet: für Hunderttausende Beschäftigte mit Wurzeln in Südosteuropa – und für alle, die in Wien und ganz Österreich leben und arbeiten. Klänge von zu Hause treffen auf den Alltag hier. Für viele ist das mehr als nur Radio: ein Stück Heimat im Ohr und ein verlässlicher Begleiter durch den Arbeitstag. Seit 1. Mai sendet IDEM-FM auf 99,1 MHz in Wien sowie österreichweit nonstop im Livestream.

Mit und für Beschäftigte

Hinter dem neuen Sender steht vidaflex, die Initiative für Ein-Personen-Unternehmen und Selbstständige der Gewerkschaft vida. Für den vida-Vorsitzenden Roman Hebenstreit ist klar: Eine moderne Gewerkschaft muss dort sein, wo ihre Mitglieder sind – auch im Radio. IDEM-FM gibt den Menschen eine Stimme: mit Service, Informa-

IDEM-FM
WIR GEHEN GEMEINSAM



tion und Nachrichten in den Sprachen ihres Alltags – auf Bosnisch, Kroatisch, Serbisch und Deutsch.

Musik, die verbindet

Hits aus Südosteuropa neben österreichischen Klängen – vertraute Sounds und frische Entdeckungen. Für die einen ein Stück Heimat, für die anderen vertraute Urlaubsklänge. Jetzt Reinhören – und weitersagen: www.idem-fm.at
99,1 MHz Wien | Österreichweit im Livestream

Muttersprachliche Beratung

Probleme im Job? Der ÖGB berät in Wien auf Arabisch, Rumänisch, Russisch und Ukrainisch. Termin vereinbaren: 01/534 44-39100 oder service@oegb.at

Mehr unter: oegb.at/muttersprache

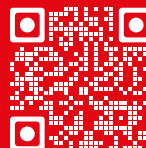


GEWINNSPIEL: Wer wird Weltmeister?

Österreich ist bereits Weltmeister – zumindest, was die Kollektivverträge betrifft!
Stolze 98 Prozent aller Arbeitnehmer:innen genießen hierzulande kollektivvertraglichen Schutz. Einen solchen Titel würden wir uns natürlich auch auf dem Fußballplatz wünschen.

Glaubst du, dass Österreich bei der Fußball-WM 2026 ganz oben mitmischen kann?
Gib jetzt deinen Tipp ab, nenn uns deinen WM-Favoriten und sichere dir die Chance auf ein brandneues iPhone oder viele andere tolle Preise!

oegb.at/wm-gewinnspiel





Erholungs- & Bildungszentrum

KRUMPENDORF am Wörthersee

www.proge-urlaub.at

PRO-GE Urlaub & Seminar GmbH

Auszeit am fröhsummerlichen Wörthersee

Am idyllischen Wörthersee gelegen, zeichnet sich das Haus durch seine ruhige Lage und den exklusiven Seezugang mit Seeterrasse aus. Umgeben von Natur und zahlreichen Freizeitmöglichkeiten, bietet es ideale Voraussetzungen für erholsame und zugleich abwechslungsreiche Urlaubstage am Wörthersee.

Schnell zugreifen, es sind noch einige Restplätze verfügbar!

Vom 13. Juni bis 11. Juli 2026 sind zurzeit noch freie
Appartements sowie Doppel- bzw. Einzelzimmer verfügbar.



Reservierung unter
Tel. 01/534 44-69705
oder auf unserer Website.



Erlebe die herrliche Bergwelt Gasteins

Zur Sommersonnenwende erleuchten beeindruckende Bergfeuer die Gipfel des Gasteinertals. Am 20. Juni sind drei Gondelbahnen für unvergessliche Abfahrten geöffnet. Bei den Wanderschaukeltagen von Gipfel zu Gipfel schaukeln, mit leichten Wanderungen die herrliche Umgebung entdecken und die Bergattraktionen Hängebrücke, Glocknerblick, Felsenweg und Schlossalmsee erkunden.

Freie Termine im Hotel Bad Hofgastein

von **06. Juni** bis **11. Juni**

von **12. Juni** bis **14. Juni**

von **19. Juni** bis **21. Juni**

von **26. Juni** bis **28. Juni**

von **01. Juli** bis **05. Juli**

von **10. Juli** bis **12. Juli**

von **17. Juli** bis **19. Juli**

von **24. Juli** bis **28. Juli**

Unsere Leistungen:

- * Halbpension mit reichhaltigem Frühstücksbuffet
- * Abendbuffet oder wahlweise Mittagessen
- * freier Eintritt in die Alpentherme Gastein

Preise für PRO-GE Mitglieder

Erwachsene	116,00 €
Kinder (4–5 J.)	16,00 €
Kinder (6–14 J.)	38,00 €
Jugendliche (15–17 J.)	75,00 €

Preise pro Person und Nacht inklusive MwSt., exklusive Nächtigungsabgabe € 2,40 und Mobilitätsabgabe € 0,50.

Die Alpentherme Gastein ist bequem durch einen unterirdischen Verbindungsgang direkt vom Hotel aus im Bademantel erreichbar. Die Gratisbenützung beginnt mit der Entgegennahme des Zimmerschlüssels ab 15.00 Uhr und endet am Vorabend des Abreisetages zu Betriebsschluss der Therme.

Reservierung & Information

PRO-GE Urlaub & Seminar GmbH
1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1

E-Mail: urlaub@proge.at
Telefon: (01) 534 44-69707 DW

Wuchtl!

Schmäh ohne: **Die größte Wuchtl aller Zeiten!**

Die Lohn-Preis-Spirale gibt es nicht!

Wenn schon, dann gibt es eine Preis-Lohn-Spirale.

Alle Zahlen und Statistiken belegen, dass immer zuerst die Preise steigen. Die Löhne steigen erst im Nachhinein. Erst wenn sie von den Gewerkschaften, anhand der durchschnittlichen Inflation der vergangenen zwölf Monate, verhandelt werden.



PRO-GE www.proge.at

Ein Ersuchen des Verlages an den:die Briefträger:in:

Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue bzw. richtige Anschrift mit:

Grund

Straße/Gasse

Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

Postleitzahl

Ort

Besten Dank!